Öffentliche Ausgaben im internationalen Vergleich

Wo steht Deutschland im Vergleich zu seinen Nachbarregionen?

Björn Kauder

Köln, 24.11.2025

IW-Report 61/2025

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Herausgeber
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.
Postfach 10 19 42
50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com
@iw_koeln

LinkedIn
@Institut der deutschen Wirtschaft

Instagram
@IW_Koeln

Autor

Dr. Björn Kauder
Senior Economist für Finanz- und Steuerpolitik
kauder@iwkoeln.de
0221 – 4981-516

Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatikalische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:
November 2025

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung **4**

1 Einleitung **5**

2 Datengrundlage **6**

3 Höhe der gesamten Ausgaben **9**

4 Zusammensetzung der Ausgaben **10**

4.1 Ausgaben nach Aufgabenbereichen 10

4.1.1 Soziale Sicherung 10
4.1.2 Gesundheitswesen 12
4.1.3 Allgemeine öffentliche Verwaltung 13
4.1.4 Wirtschaftliche Angelegenheiten 15
4.1.5 Bildungswesen 16
4.1.6 Öffentliche Ordnung und Sicherheit 17
4.1.7 Verteidigung 18
4.1.8 Freizeitgestaltung, Kultur und Religion 19
4.1.9 Umweltschutz 20
4.1.10 Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen 21

4.2 Personalausgaben und Investitionen 22

4.2.1 Personalausgaben 22
4.2.2 Investitionen 23

5 Fazit **25**

6 Abstract **27**

Tabellenverzeichnis **28**

Abbildungsverzeichnis **28**

Literaturverzeichnis **28**

JEL-Klassifikation

H50 – Staatsausgaben: Allgemeines
H10 – Struktur und Umfang der Staatstätigkeit: Allgemeines

Zusammenfassung

Deutschland sieht sich zahlreichen politischen Herausforderungen gegenüber. Wie die Bewältigung dieser Aufgaben priorisiert wird, zeigt sich in der Ausgabenpolitik. Nicht umsonst wird der Haushalt häufig als „in Zahlen gegossene Politik“ bezeichnet. Welcher Stellenwert wird dem Sozialstaat eingeräumt? Wie wichtig ist das Bildungswesen oder die Landesverteidigung? Wie hoch sind die Verwaltungsausgaben und wie viel wird investiert? Antworten auf diese Fragen können im Rahmen eines internationalen Vergleichs der öffentlichen Ausgaben gesucht werden.

Dieser Beitrag untersucht, wie sich die Ausgaben Deutschlands insgesamt und in verschiedenen Aufgabenbereichen in den Jahren 2001 bis 2023 entwickelt haben. Als Vergleichsregionen werden die Benelux-Länder, Österreich/Schweiz und die nordischen Länder herangezogen, welche hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und kulturellen Prägung Deutschland relativ ähnlich sind. Es werden für verschiedene Aufgaben sowohl die Ausgabenanteile an den gesamten Ausgaben als auch die Ausgaben relativ zum Bruttoinlandsprodukt betrachtet.

Die Ergebnisse zeigen, dass die deutsche Staatsquote in weiten Teilen der 2010er Jahre noch deutlich unterhalb der nordischen Länder, der Benelux-Länder und des EU-Durchschnitts lag. In den Jahren der Corona-Pandemie konvergierten diese Werte jedoch auf das aktuelle Niveau von knapp 50 Prozent. Die Ländergruppe Österreich/Schweiz liegt mit 43 Prozent deutlich darunter.

Mit 41 Prozent der gesamten Ausgaben wendet Deutschland am aktuellen Rand mehr für die soziale Sicherung auf als die Vergleichsgruppen, und somit insbesondere auch mehr als die nordischen Länder. Knapp die Hälfte dieser Mittel entfällt auf die Alterssicherung. Bei den Ausgaben für das Gesundheitswesen liegt Deutschland mit 16 Prozent der gesamten Ausgaben gemeinsam mit den Benelux- und den nordischen Ländern an der Spitze. Der Ausgabenanteil für die allgemeine öffentliche Verwaltung (ohne Staatsschuldentransaktionen) stieg in Deutschland kräftig auf zuletzt 11 Prozent an, womit man nun ebenfalls den höchsten Wert aufweist. Auf die Ausgaben für wirtschaftliche Angelegenheiten (u. a. Verkehr) entfielen im Jahr 2023 etwa 12 Prozent. Am Ende der Rangliste befindet sich Deutschland bei den Ausgaben für das Bildungswesen, mit zuletzt 9,3 Prozent der Gesamtausgaben. Österreich und die Schweiz liegen um beinahe die Hälfte darüber.

Für das Personal wandte Deutschland über den gesamten Beobachtungszeitraum weniger auf als die Vergleichsgruppen, zuletzt waren es 17 Prozent der gesamten Ausgaben. Auch bei den öffentlichen Investitionen lag Deutschland über den gesamten Beobachtungszeitraum am Ende des Feldes. Am aktuellen Rand entfallen 6,2 Prozent der Gesamtausgaben auf Investitionen.

1 Einleitung

Die politischen Prioritäten eines Landes zeigen sich in der Gestaltung der öffentlichen Ausgaben. Auf soziale Sicherheit bedachte Länder wenden einen großen Teil der Wirtschaftsleistung für den Sozialstaat auf. Länder, die sich durch Angreifer bedroht sehen, werden der Landesverteidigung eine gewichtige Rolle zuweisen. Rohstoffarme Länder könnten einen Fokus auf das Bildungswesen legen, um Bildung als „Rohstoff" zu nutzen. Doch auch sehr ähnliche, geografisch nahe beieinander liegende Länder zeigen mitunter deutliche Unterschiede in ihren öffentlichen Ausgaben.

Einige Verschiebungen in der Ausgabenstruktur ergeben sich auch ganz ohne politische Beschlüsse. Steigt beispielsweise die Arbeitslosigkeit, so steigen die damit verbundenen Ausgaben von selbst („automatischer Stabilisator"). Im Zuge des demografischen Wandels ergeben sich steigende Rentenausgaben durch die erhöhte Zahl an Personen im Ruhestandsalter. Andere Ausgaben werden aufgrund exogener Ereignisse erhöht, wie etwa Gesundheitsausgaben in der Corona-Pandemie oder Verteidigungsausgaben aufgrund der veränderten Sicherheitslage im Gefolge des russischen Angriffs auf die Ukraine.

In diesem Beitrag wird untersucht, wie sich die Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben in Deutschland und in benachbarten Regionen in den Jahren 2001 bis 2023 entwickelt hat und welche Unterschiede sich zeigen. Als Vergleichsregionen werden die Benelux-Länder, Österreich/Schweiz und die nordischen Länder herangezogen. Diese Regionen sind hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und kulturellen Prägung besonders geeignet, um Deutschlands Ausgabenpolitik einzuschätzen. Im Detail werden für verschiedene Aufgaben die Ausgabenanteile an den gesamten Ausgaben sowie die Ausgaben relativ zum Bruttoinlandsprodukt untersucht. Ferner wird auch die Höhe der gesamten Ausgaben relativ zum Bruttoinlandsprodukt (Staatsquote) betrachtet.

Die Ergebnisse zeigen, dass die deutsche Staatsquote in weiten Teilen der 2010er Jahre noch deutlich unterhalb der nordischen Länder, der Benelux-Länder und dem EU-Durchschnitt lag. In den Jahren der Corona-Pandemie konvergierten diese Werte jedoch auf ein aktuelles Niveau von knapp 50 Prozent. Die Ländergruppe Österreich/Schweiz liegt mit 43 Prozent deutlich darunter, wobei Österreich auf 53 Prozent und die Schweiz auf 33 Prozent kommt.

In den einzelnen Aufgabenkategorien zeigen sich einige markante Ergebnisse in Bezug auf Deutschland. Mit 41 Prozent der Gesamtausgaben wendet Deutschland gegenwärtig mehr für die soziale Sicherung auf als die Vergleichsgruppen, und somit insbesondere auch mehr als die für ihre ausgeprägten Sozialsysteme bekannten nordischen Länder. Knapp die Hälfte dieser Mittel entfällt auf die Alterssicherung, womit Deutschland einen mittleren Platz einnimmt. Bei den Ausgaben für das Gesundheitswesen liegt Deutschland mit 16 Prozent der Gesamtausgaben gemeinsam mit den Benelux- und den nordischen Ländern an der Spitze. Der Ausgabenanteil für die allgemeine öffentliche Verwaltung (ohne Staatsschuldentransaktionen) stieg in Deutschland kräftig auf zuletzt 11 Prozent an, womit man nun ebenfalls den höchsten Wert aufweist. Auf die Ausgaben für wirtschaftliche Angelegenheiten (u. a. Verkehr) entfielen im Jahr 2023 etwa 12 Prozent, was einen Platz im Mittelfeld ergibt. Durchweg am Ende der Rangliste befindet sich Deutschland bei den Ausgaben für das Bildungswesen, mit zuletzt 9,3 Prozent. Österreich und die Schweiz liegen um beinahe die Hälfte darüber.

Bei den Personalausgaben zeigte sich Deutschland über den gesamten Beobachtungszeitraum erstaunlich sparsam. Zuletzt wurden 17 Prozent der gesamten Ausgaben für Personal aufgewendet. Bedauerlicherweise

gilt dies auch für die öffentlichen Investitionen, bei denen Deutschland ebenfalls über den gesamten Beobachtungszeitraum die rote Laterne innehat. Am aktuellen Rand entfielen 6,2 Prozent der Gesamtausgaben auf Investitionen.

2 Datengrundlage

Die OECD stellt mit der „Classification of the functions of government“ (COFOG) eine Datenbank bereit, die es ermöglicht, Staatsausgaben in einzelnen Aufgabenbereichen zu vergleichen (siehe OECD, 2019; 2025a; 2025b; Busch/Kauder, 2021; Dorn et al., 2018). Sie erfasst staatliche Ausgaben basierend auf den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der einzelnen Mitgliedstaaten, welche hier für die Jahre 2001 bis 2023 herangezogen werden. Die Ausgaben werden nach zehn Oberkategorien (offiziell: Abteilungen) unterteilt, die die allgemeinen Ziele des Staates beschreiben (zum Beispiel soziale Sicherung). Darunter gibt es jeweils fünf bis neun Unterkategorien (offiziell: Gruppen), welche die Mittel beschreiben, die zum Erreichen dieser allgemeinen Ziele eingesetzt werden (zum Beispiel Alterssicherung).

Die analysierten Aufgabenbereiche umfassen Ausgaben in folgenden Oberkategorien: (1) Soziale Sicherung, (2) Gesundheitswesen, (3) allgemeine öffentliche Verwaltung, (4) wirtschaftliche Angelegenheiten, (5) Bildungswesen, (6) öffentliche Ordnung und Sicherheit, (7) Verteidigung, (8) Freizeitgestaltung, Kultur und Religion, (9) Umweltschutz, (10) Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen. Zudem werden die Personalausgaben und Investitionsausgaben separat betrachtet. Tabelle 2-1 gibt einen Überblick über die Ober- und Unterkategorien.

Tabelle 2-1: COFOG-Aufgabenbereiche nach Ober- und Unterkategorien

Oberkategorie	Unterkategorie
Soziale Sicherung	Krankheit und Erwerbsunfähigkeit Alter Hinterbliebene Familien und Kinder Arbeitslosigkeit Wohnraum Soziale Hilfe, a.n.g. Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich soziale Sicherung Soziale Sicherung, a.n.g.
Gesundheitswesen	Medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen Ambulante Behandlung Stationäre Behandlung Öffentlicher Gesundheitsdienst Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Gesundheitswesen Gesundheitswesen, a.n.g.
Allgemeine öffentliche Verwaltung	Exekutiv- und Legislativorgane, Finanz- und Steuerwesen, auswärtige Angelegenheiten Wirtschaftshilfe für das Ausland Allgemeine Dienste Grundlagenforschung Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich allgemeine öffentliche Verwaltung Allgemeine öffentliche Verwaltung, a.n.g. Staatsschuldentransaktionen Transfers allgemeiner Art zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen

Wirtschaftliche Angelegenheiten	Allgemeine Angelegenheiten der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd Brennstoffe und Energie Bergbau, Herstellung von Waren und Bauwesen Verkehr Nachrichtenübermittlung Andere Wirtschaftsbereiche Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich wirtschaftliche Angelegenheiten Wirtschaftliche Angelegenheiten, a.n.g.
Bildungswesen	Elementar- und Primärbereich Sekundarbereich Post-sekundärer, nicht-tertiärer Bereich Tertiärbereich Nicht zuordenbares Bildungswesen Hilfsdienstleistungen für das Bildungswesen Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Bildungswesen Bildungswesen, a.n.g.
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	Polizei Feuerwehr Gerichte Justizvollzug Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich öffentliche Ordnung und Sicherheit Öffentliche Ordnung und Sicherheit, a.n.g.
Verteidigung	Militärische Verteidigung Zivile Verteidigung Militärhilfe für das Ausland Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Verteidigung Verteidigung, a.n.g.
Freizeitgestaltung, Kultur und Religion	Freizeitgestaltung und Sport Kultur Rundfunk- und Verlagswesen Religiöse und andere Gemeinschaftsangelegenheiten Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Religion Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Religion, a.n.g.
Umweltschutz	Abfallwirtschaft Abwasserwirtschaft Vermeidung und Beseitigung von Umweltverunreinigungen Arten- und Landschaftsschutz Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Umweltschutz Umweltschutz, a.n.g.
Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen	Wohnungswesen Raumplanung Wasserversorgung Straßenbeleuchtung Angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung im Bereich Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen, a.n.g.

a.n.g.: anderweitig nicht genannt.

Quelle: Eurostat, 2025a

Die Ausgaben nach Aufgabenbereichen werden als Anteil an den Gesamtausgaben sowie als Anteil am Bruttoinlandsprodukt betrachtet. Die Betrachtung als Anteil an den gesamten Ausgaben beschreibt die politische Prioritätensetzung, gegeben den der Politik zur Verfügung stehenden Einnahmen. Länder etwa mit identischen Bildungsausgaben pro Einwohner können bei unterschiedlichen Staatsquoten jedoch auf deutlich verschiedene Budgetanteile für Bildung kommen. Die Betrachtung der Ausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist hingegen unabhängig von der Staatsquote und berücksichtigt zudem die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Staates. Bei der Interpretation ist jedoch zu beachten, dass Schwankungen durch eine Anpassung der Ausgaben und durch Schwankungen des Bruttoinlandsprodukts hervorgerufen werden können. Dies ist etwa für die Zeit der Finanzkrise – insbesondere das Jahr 2009 – relevant, in der die Wirtschaftsleistung in vielen Ländern deutlich zurückging. Auch bei gleichbleibenden Ausgaben in Euro pro Einwohner zeigt sich dann ein Anstieg der Ausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Verzichtet wird auf eine Betrachtung der Ausgaben in Euro pro Einwohner, da im Gegensatz zu den beiden anderen Betrachtungsweisen kritische Annahmen über Kaufkraftunterschiede sowie Preisentwicklungen zu treffen wären.

Da die föderalen Strukturen in verschiedenen Ländern unterschiedlich sind, werden in Folge alle Ebenen der Gebietskörperschaften sowie die Sozialversicherung zusammengefasst. So beinhalten etwa die deutschen Werte nicht nur die Bundesausgaben, sondern auch die Ausgaben der Bundesländer und Kommunen sowie der Sozialversicherung (siehe auch Kauder, 2025a; 2025b). Auch wenn stets sämtliche staatlichen Ebenen erfasst werden, kann die Vergleichbarkeit in einzelnen Fällen eingeschränkt sein, insoweit die Länder in der Datenerhebung unterschiedlich vorgegangen sind.

Der Fokus im vorliegenden Beitrag liegt auf Deutschland und den westeuropäischen Nachbarregionen. Als Nachbarregionen werden folgende Ländergruppen gebildet: die Benelux-Länder (Niederlande, Belgien, Luxemburg), Österreich/Schweiz und die nordischen Länder (Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island). Diese Vergleichsregionen sind in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und dem Umfang staatlicher Tätigkeit weitgehend mit Deutschland vergleichbar. Ferner wird der EU-Durchschnitt ausgewiesen, wobei Daten für Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien und Zypern nicht vorliegen. Der EU-Durchschnitt wird somit aus 22 Mitgliedstaaten gebildet. Sowohl bei der Berechnung des EU-Durchschnitts als auch in den Vergleichsgruppen werden die Staaten nach ihrer Bevölkerung gewichtet. In einigen wenigen Unterkategorien liegen keine Werte für Portugal und Litauen vor. Aufgrund der Gewichtung der Länder gemäß ihrer Bevölkerung bleibt das Fehlen dieser beiden Länder ohne sichtbare Auswirkungen auf den EU-Durchschnitt.

In den Berechnungen kommen neben den Daten der COFOG-Datenbank der OECD auch Daten der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission zum Einsatz. Die Tabelle 2-2 zeigt die genauen Datenquellen.

Tabelle 2-2: Datenquellen

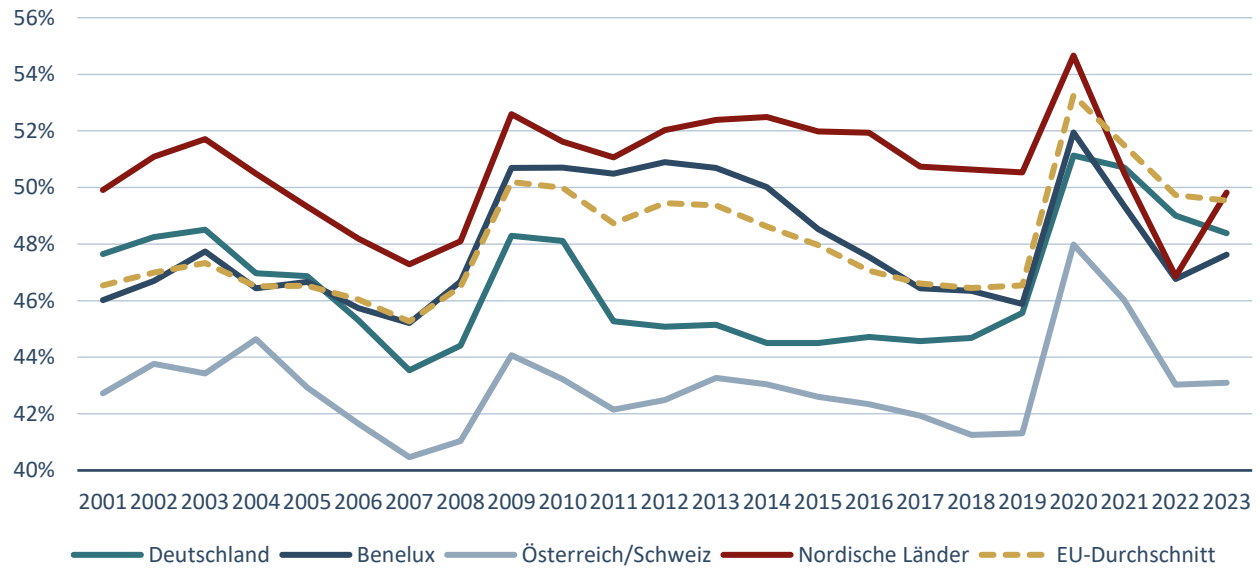
Variable	Quelle
Gesamte Staatsausgaben	OECD (2025a)
Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen	OECD (2025a)
Personalausgaben	OECD (2025a)
Investitionsausgaben	European Commission (2025)
Bruttoinlandsprodukt	OECD (2025c)
Wechselkurse	Eurostat (2025b)

3 Höhe der gesamten Ausgaben

Abbildung 3-1 zeigt, wie sich die gesamten Ausgaben in Deutschland und den betrachteten Vergleichsgruppen relativ zur Wirtschaftsleistung entwickelt haben („Staatsquote"). Zunächst fällt die Korrelation zwischen den Entwicklungen auf. Im Zuge der Finanzkrise stiegen die Staatsquoten im Jahr 2009 deutlich an, normalisierten sich anschließend sukzessive wieder, ehe sie im Jahr 2020 durch die Corona-Pandemie wieder anstiegen. Die Werte für Deutschland liegen dabei recht nahe am EU-Durchschnitt. Bis ins Jahr 2005 befand sich Deutschland noch leicht über dem EU-Durchschnitt, seit 2006 darunter. In den 2010er Jahren lag der deutsche Wert zumeist bei etwa 45 Prozent und somit bis zu 4,4 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt. Seit der Corona-Pandemie liegen die Werte in etwa gleichauf bei zuletzt knapp 50 Prozent.

Abbildung 3-1: Ausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt („Staatsquote")

Angaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

Den höchsten Wert wies in den meisten Jahren die nordische Ländergruppe auf, wo die Staatsquote in der Corona-Pandemie gar auf 55 Prozent anstieg. Nur in den Jahren 2021 und 2022 lagen die Werte unterhalb des EU-Durchschnitts. Die nordischen Länder sind die einzige Ländergruppe, deren Staatsquote im Jahr 2023 unterhalb des Vor-Corona-Niveaus lag. Zum Vergleich: in Deutschland lag der Wert zuletzt 2,8 Prozentpunkte über dem Vor-Corona-Niveau. Während die Benelux-Staaten weitgehend dem EU-Durchschnitt folgen, liegen die Werte in der Ländergruppe Österreich/Schweiz deutlich niedriger. Sie befinden sich im gesamten Beobachtungszeitraum etwa 5 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt, am aktuellen Rand liegt der Wert bei 43 Prozent. Der EU-Durchschnitt lag zuletzt höher als die Werte in den meisten Vergleichsgruppen. Dies ist den hohen Staatsquoten etwa in Frankreich und Italien geschuldet.

4 Zusammensetzung der Ausgaben

4.1 Ausgaben nach Aufgabenbereichen

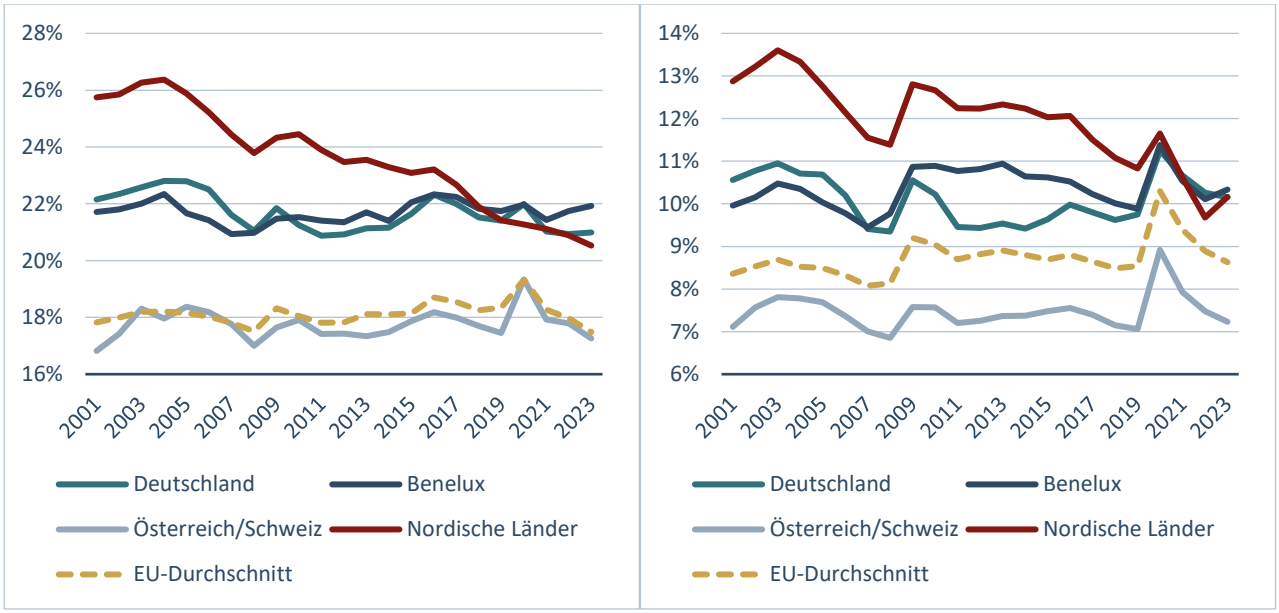
Im Folgenden wird die Entwicklung der Ausgaben in den zehn Aufgabenbereichen (Oberkategorien) betrachtet. Die Aufgabenbereiche sind dabei nach ihrer finanziellen Bedeutung in Deutschland zum Ende des Beobachtungszeitraums im Jahr 2023 sortiert.

4.1.1 Soziale Sicherung

Die finanziell bedeutendste Oberkategorie ist die soziale Sicherung. Aufgrund der überragenden Bedeutung der Alterssicherung, die etwa für die Hälfte der Ausgaben für soziale Sicherung steht, wird die Oberkategorie auf zwei Teilkategorien aufgeteilt. Die soziale Sicherung ohne Alterssicherung umfasst vor allem die Ausgaben für Krankheit und Erwerbsunfähigkeit, Hinterbliebene, Familien und Kinder sowie Arbeitslosigkeit. Im Jahr 2001 wurden im EU-Durchschnitt 18 Prozent der Budgets für die soziale Sicherung ohne Alterssicherung aufgewendet (Abbildung 4-1). In den betrachteten Ländergruppen reichte die Spannweite von 17 Prozent in Österreich/Schweiz bis zu 26 Prozent in den nordischen Ländern. Deutschland (22 Prozent) und die Benelux-Länder lagen etwa mittig dazwischen.

Abbildung 4-1: Ausgaben für soziale Sicherung (ohne Alterssicherung)

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

An den Werten hat sich bis zum Jahr 2023 kaum etwas geändert, mit einer Ausnahme: der Ausgabenanteil der nordischen Länder ging von 26 auf 21 Prozent zurück. Dies liegt vor allem an gesunkenen Ausgaben für Arbeitslosigkeit. Der deutsche Wert fiel um 1,2 Prozentpunkte auf nunmehr ebenfalls 21 Prozent. Den höchsten Wert am aktuellen Rand weisen die Benelux-Länder auf. Weder die Finanzkrise noch die Corona-Pandemie stechen in der Abbildung ins Auge. Dies liegt darin begründet, dass sowohl die Sozialausgaben als auch

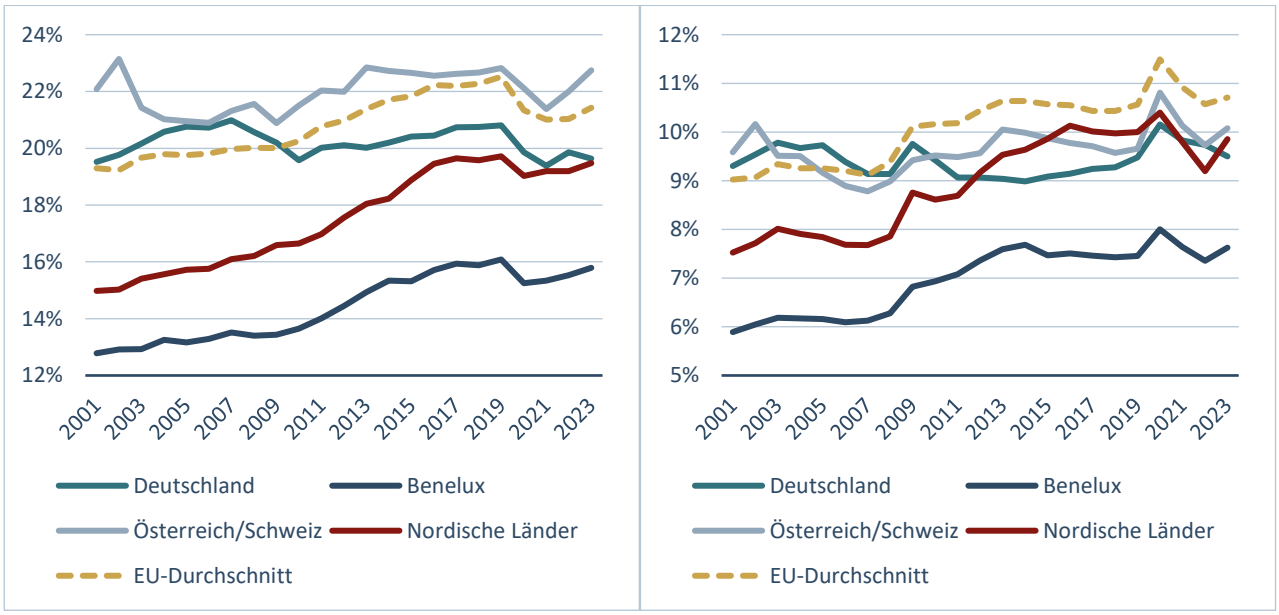
die Gesamtausgaben der Staaten in dieser Zeit anstiegen. Bei Krankheit und Erwerbsunfähigkeit erhöhten sich die Ausgaben in Deutschland gegen den internationalen Trend, bei Hinterbliebenen sanken sie mit dem Trend, bei Familien und Kindern stiegen sie mit dem Trend. Bei der Arbeitslosigkeit gingen die Ausgaben in Deutschland auffallend stark zurück, sie liegen jedoch noch immer über den Werten der Vergleichsgruppen.

Der rechte Teil von Abbildung 4-1 zeigt die Sozialausgaben ohne Alterssicherung anteilig am Bruttoinlandsprodukt. Da die Wirtschaftsleistung stärker schwankt als die öffentlichen Gesamtausgaben, zeigt sich ein erratischeres Bild. Die Finanzkrise und die Corona-Pandemie fallen nun deutlich auf, da in diesen Zeiten das Bruttoinlandsprodukt merklich fiel und somit der Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt anstieg. Bis zum Ende der 2010er Jahre zeigen sich höhere Werte in den nordischen Ländern als in Deutschland und in den Vergleichsgruppen. Der niedrigste Wert wird gegenwärtig in der Ländergruppe Österreich/Schweiz mit 7,2 Prozent beobachtet, der höchste in den Benelux-Ländern mit 10 Prozent gleichauf mit den nordischen Ländern und Deutschland.

Etwa die Hälfte der Ausgaben für soziale Sicherung entfällt auf die Alterssicherung (Abbildung 4-2). Auffallend sind hier im Vergleich zu den sonstigen Ausgaben für die soziale Sicherung die glatten Verläufe über die Zeit. Die sonstigen Sozialausgaben sind im Gegensatz zur Alterssicherung auch durch konjunkturelle Entwicklungen getrieben, insbesondere durch Arbeitslosigkeit („automatische Stabilisatoren“). Bei der Alterssicherung ist eine Konvergenz der Ausgabenanteile zu beobachten. Im Jahr 2001 lag die Spanne zwischen 13 Prozent der Gesamtausgaben in den Benelux-Ländern und 22 Prozent in der Ländergruppe Österreich/Schweiz. Am aktuellen Rand im Jahr 2023 reichen die Werte in den gleichen Ländergruppen von 16 bis 23 Prozent.

Abbildung 4-2: Ausgaben für Alterssicherung

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

Deutschland lag in den 2000er Jahren noch über dem EU-Durchschnitt und recht nah am Spitzenreiter Österreich/Schweiz. Seit 2010 liegt Deutschland unter dem EU-Durchschnitt und mit gut 20 Prozent etwa 2 bis 2,5 Prozentpunkte unterhalb der Ländergruppe Österreich/Schweiz. Die nordischen Länder, die im Jahr 2001 noch knapp 5 Prozentpunkte hinter Deutschland rangierten, liegen nun nahezu gleichauf. Sie haben ihre Ausgaben für Alterssicherung in dem Maße erhöht, indem sie die sonstigen Ausgaben für die soziale Sicherung reduziert haben. Deutlich niedriger sind nach wie vor die Werte in den Benelux-Ländern mit zuletzt 16 Prozent.

Relativ zum Bruttoinlandsprodukt zeigen sich am aktuellen Rand wiederum recht ähnliche Werte für Deutschland (9,5 Prozent), die nordischen Länder (9,9 Prozent), Österreich/Schweiz (10 Prozent) und den EU-Durchschnitt (11 Prozent). Nur in den Benelux-Ländern fallen die Ausgaben für die Alterssicherung mit 7,6 Prozent deutlich niedriger aus.

Fasst man die Ausgaben für soziale Sicherung zusammen (also inklusive Alterssicherung), so liegt Deutschland im Jahr 2023 mit 41 Prozent Anteil an den Gesamtausgaben an der Spitze, gefolgt von den nordischen Ländern und Österreich/Schweiz mit jeweils 40 Prozent. Der Durchschnitt der EU-Länder liegt bei 39 Prozent, in den Benelux-Ländern sind es 38 Prozent. Anteilig am Bruttoinlandsprodukt liegen die nordischen Länder knapp vor Deutschland (jeweils 20 Prozent), dem EU-Durchschnitt (19 Prozent), den Benelux-Ländern (18 Prozent) und Österreich/Schweiz (17 Prozent).

4.1.2 Gesundheitswesen

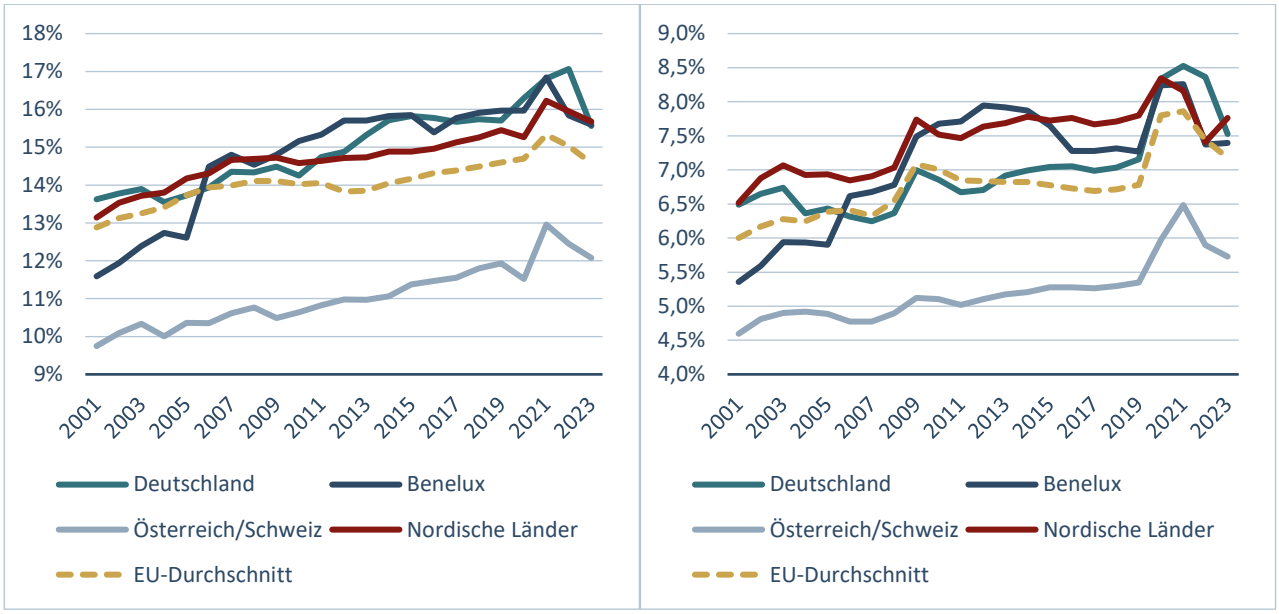
Thematisch verwandt und finanziell die zweitbedeutendste Oberkategorie sind die Ausgaben für das Gesundheitswesen. Diese umfassen unter anderem Ausgaben für ambulante und stationäre Behandlungen sowie medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen. Wie Abbildung 4-3 zeigt, liegen Deutschland, die Benelux-Länder, die nordischen Länder und der EU-Durchschnitt nah beieinander. Zu Beginn des Beobachtungszeitraums lagen die Anteile hier bei 12 bis 14 Prozent, in der Ländergruppe Österreich/Schweiz hingegen nur bei 10 Prozent. In allen Ländergruppen stiegen die Werte gleichermaßen an, sodass Österreich und die Schweiz nunmehr auf 12 Prozent sowie Deutschland und die anderen Ländergruppen auf 15 bis 16 Prozent Budgetanteil kommen. Lediglich in den Benelux-Ländern fiel der Anstieg etwas stärker aus.

In Deutschland und sämtlichen Ländergruppen sind vor allem die Werte der beiden bedeutendsten Unterkategorien, der ambulanten und der stationären Behandlung, angestiegen. Die höheren Gesundheitsausgaben während der Corona-Pandemie sind gut erkennbar. Die im Zeitablauf gestiegenen Ausgaben für Gesundheit dürften vor allem das Ergebnis des demografischen Wandels und des technischen Fortschritts sein. Ein weiterer Anstieg ist abzusehen.

Sehr ähnlich stellt sich die Entwicklung dar, wenn die Ausgaben relativ zum Bruttoinlandsprodukt betrachtet werden. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen lagen zuletzt bei 5,7 Prozent in Österreich und der Schweiz sowie 7,2 bis 7,8 Prozent in Deutschland und den anderen Ländergruppen. Wiederum ist die rückläufige Wirtschaftsleistung in der Finanzkrise und der Corona-Pandemie ersichtlich, die sich in erhöhten Anteilen der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt zeigen.

Abbildung 4-3: Ausgaben für das Gesundheitswesen

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

4.1.3 Allgemeine öffentliche Verwaltung

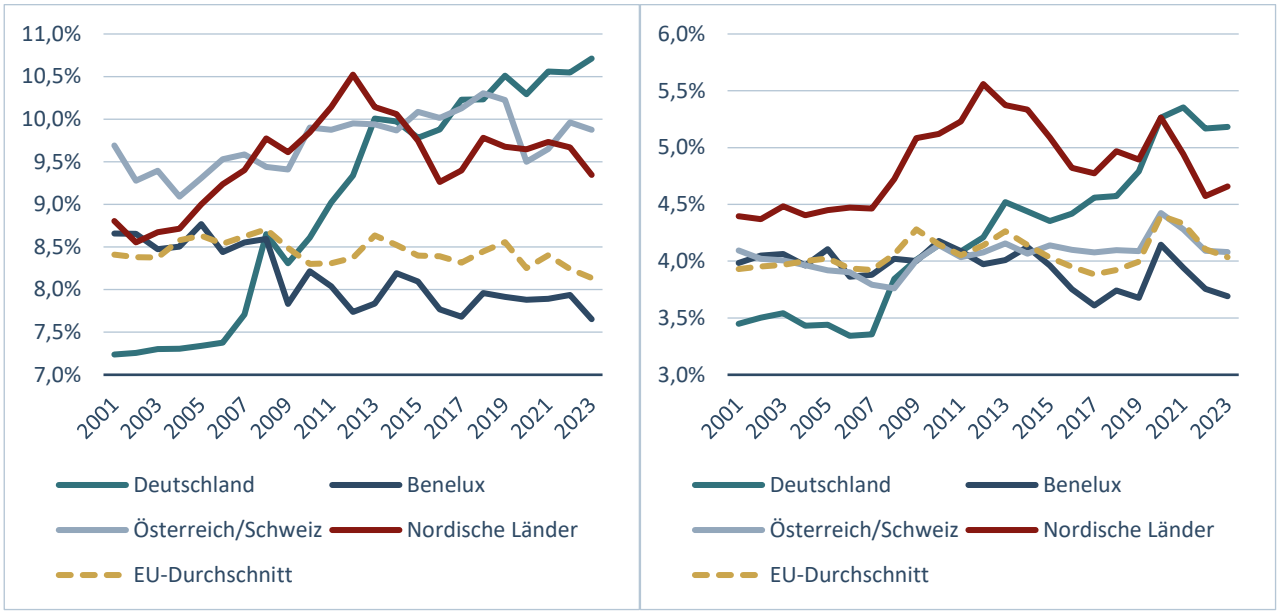
In der Oberkategorie allgemeine öffentliche Verwaltung werden nicht nur Ausgaben für die Verwaltung erfasst, sondern auch die Staatsschuldentransaktionen, die im Wesentlichen Zinsausgaben umfassen. Aus diesem Grund wird die Oberkategorie hier in zwei Teilkategorien aufgeteilt. Abbildung 4-4 zeigt, wie sich die Ausgaben für die allgemeine öffentliche Verwaltung ohne Staatsschuldentransaktionen anteilig an den Gesamtausgaben entwickelt haben. Auffällig ist der massive Anstieg der Verwaltungsausgaben in Deutschland, welche sich von 7,2 Prozent im Jahr 2001 auf 11 Prozent im Jahr 2023 erhöhten. Somit entwickelte sich Deutschland vom Land mit dem niedrigsten zu dem Land mit dem höchsten Ausgabenanteil für die allgemeine öffentliche Verwaltung. Insbesondere in den Jahren 2006 bis 2013 stieg der Wert kräftig an, unterbrochen nur durch die Finanzkrise. Bis heute zeigt der Trend klar nach oben. Die allgemeine öffentliche Verwaltung wird am aktuellen Rand vor allem durch die Unterkategorien „Exekutiv- und Legislativorgane, Finanz- und Steuerwesen, auswärtige Angelegenheiten“ sowie allgemeine Dienste geprägt. Beide Unterkategorien gingen in ihrer Bedeutung in Deutschland – gegen den internationalen Trend – nach oben. Zudem legten die Ausgaben für Grundlagenforschung sowie die Ausgaben für die Wirtschaftshilfe für das Ausland zu, welche ebenfalls in dieser Oberkategorie erfasst werden. Doch auch ohne diese beiden Unterkategorien erhöhte sich der Ausgabenanteil der allgemeinen öffentlichen Verwaltung in Deutschland um mehr als ein Drittel. Personalausgaben stehen indes nur für etwa ein Viertel der Ausgaben für die allgemeine öffentliche Verwaltung. Der Ausgabenanstieg ist daher nicht mit einem entsprechenden Aufwuchs an Personal gleichzusetzen (siehe auch Abschnitt 4.2.1).

Im EU-Durchschnitt und vor allem in den Benelux-Ländern sanken die Ausgabenanteile für die allgemeine öffentliche Verwaltung hingegen auf nur noch etwa 8 Prozent. In Österreich/Schweiz und den nordischen

Ländern liegen die Werte am aktuellen Rand bei rund 9,5 Prozent und somit nur leicht über den Werten zu Beginn des Beobachtungszeitraums.

Abbildung 4-4: Ausgaben für allgemeine öffentliche Verwaltung (ohne Staatsschuldentransaktionen)

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

Bei Betrachtung der Ausgaben für die allgemeine öffentliche Verwaltung (ohne Staatsschuldentransaktionen) relativ zur Wirtschaftsleistung zeigt sich in etwa das gleiche Bild. Der deutsche Wert stieg von 3,4 auf 5,2 Prozent an. Die Werte in der Ländergruppe Österreich/Schweiz fallen relativ zu den Vergleichsländern niedriger aus als bei der Betrachtung der Ausgabenanteile an den gesamten Ausgaben, da die Wirtschaftsleistung hier höher respektive die Staatsquote niedriger liegt (siehe Abbildung 3-1).

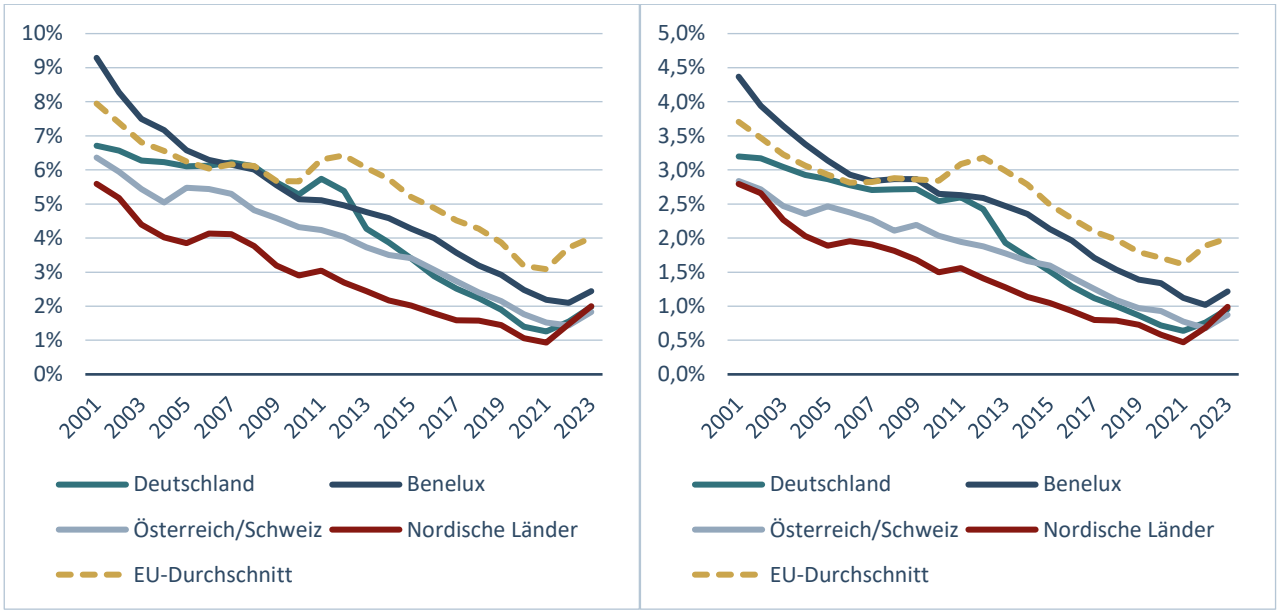
Der verbleibende Teil der Ausgaben für allgemeine öffentliche Verwaltung sind die Staatsschuldentransaktionen, bei denen es sich im Wesentlichen um Zinsausgaben handelt (Abbildung 4-5). Diese machten zu Beginn des Beobachtungszeitraums noch ungefähr die Hälfte der Oberkategorie aus. So wendeten die Benelux-Länder im Jahr 2001 9,2 Prozent des Budgets für Staatsschuldentransaktionen auf, die EU im Durchschnitt 7,9 Prozent, Deutschland 6,7 Prozent, Österreich/Schweiz 6,4 Prozent und die nordischen Länder 5,6 Prozent.

Durch die niedrigen Zinsen infolge der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank fielen die Werte im Zeitablauf deutlich. Im Jahr 2023 machten die Staatsschuldentransaktionen im EU-Durchschnitt noch 4,0 Prozent der Budgets aus, in Deutschland und den anderen Ländergruppen etwa 2 Prozent. Vor der Zinswende lagen die Werte noch niedriger, mit Werten von 0,9 bis 3,1 Prozent im Jahr 2021.

Die Betrachtung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bestätigt die Erkenntnisse. Die Anteile der Staatsschuldentransaktionen lagen zuletzt bei 2,0 Prozent im Durchschnitt der EU und etwa 1 Prozent in Deutschland und den Ländergruppen, Tendenz steigend.

Abbildung 4-5: Ausgaben für Staatsschuldentransaktionen

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

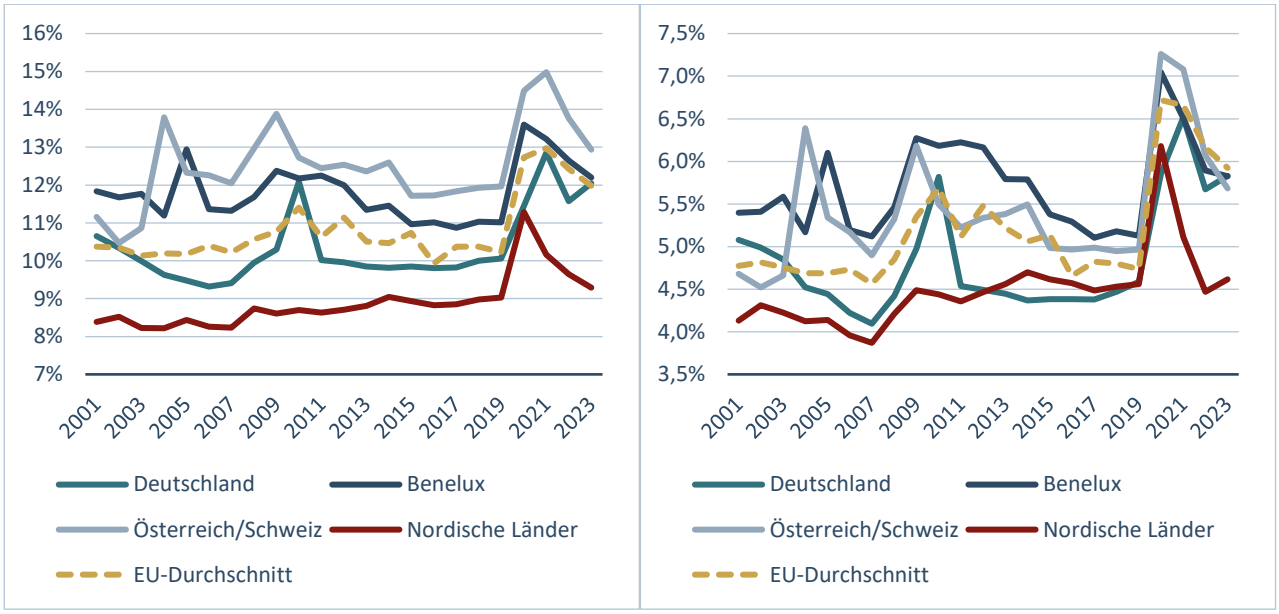
4.1.4 Wirtschaftliche Angelegenheiten

Ein durchweg erratisches Bild zeigt sich bei den Ausgaben für wirtschaftliche Angelegenheiten in Abbildung 4-6. Hierunter fällt vor allem der Verkehr, aber auch etwa Brennstoffe und Energie. Auf den Verkehr mit seinem investiven Charakter entfielen in Deutschland im gesamten Zeitverlauf rund 5 Prozent der gesamten Ausgaben, am aktuellen Rand sind es 5,3 Prozent. Damit bewegte man sich zuletzt auf einem Niveau mit den Benelux-Ländern und dem EU-Durchschnitt, aber deutlich hinter Österreich/Schweiz (7,0 Prozent) und den nordischen Ländern (5,9 Prozent). Bei Brennstoffen und Energie fällt neben dem Anstieg der Werte in den meisten Ländern am aktuellen Rand vor allem der Aufstieg Deutschlands auf den Spitzenplatz seit Beginn des Beobachtungszeitraums auf. Hintergrund ist hier die Energiewende. Große Bedeutung erlangte die Unterkategorie „Allgemeine Angelegenheiten der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts“ zu Zeiten der Corona-Pandemie, als durch die wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen die Anteile an den Gesamtausgaben um 1,5 bis 3 Prozentpunkte nach oben schnellten. Dasselbe gilt – in schwächerer Form – für die Finanzkrise, insbesondere für Deutschland und Österreich/Schweiz. Die Spitzen in Österreich/Schweiz im Jahr 2004 und den Benelux-Ländern im Jahr 2005 liegen in höheren Ausgaben im Bereich Verkehr begründet.

Insgesamt entfielen auf die Oberkategorie wirtschaftliche Angelegenheiten im Jahr 2001 Ausgabenanteile von 8,4 Prozent in den nordischen Ländern bis 12 Prozent in den Benelux-Ländern. Am aktuellen Rand bewegen sich die Werte zwischen 9,3 Prozent in den nordischen Ländern und 13 Prozent in der Ländergruppe Österreich/Schweiz. Deutschland bewegt sich zumeist entlang des EU-Durchschnitts und kam zuletzt auf 12 Prozent, nach 11 Prozent im Jahr 2001.

Abbildung 4-6: Ausgaben für wirtschaftliche Angelegenheiten

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

Ein weitgehend identisches Bild zeigt sich bei Betrachtung der Ausgaben relativ zum Bruttoinlandsprodukt. Hier lagen die Werte zuletzt bei 4,6 Prozent in den nordischen Ländern sowie etwa 6 Prozent in Deutschland und den anderen Vergleichsgruppen.

4.1.5 Bildungswesen

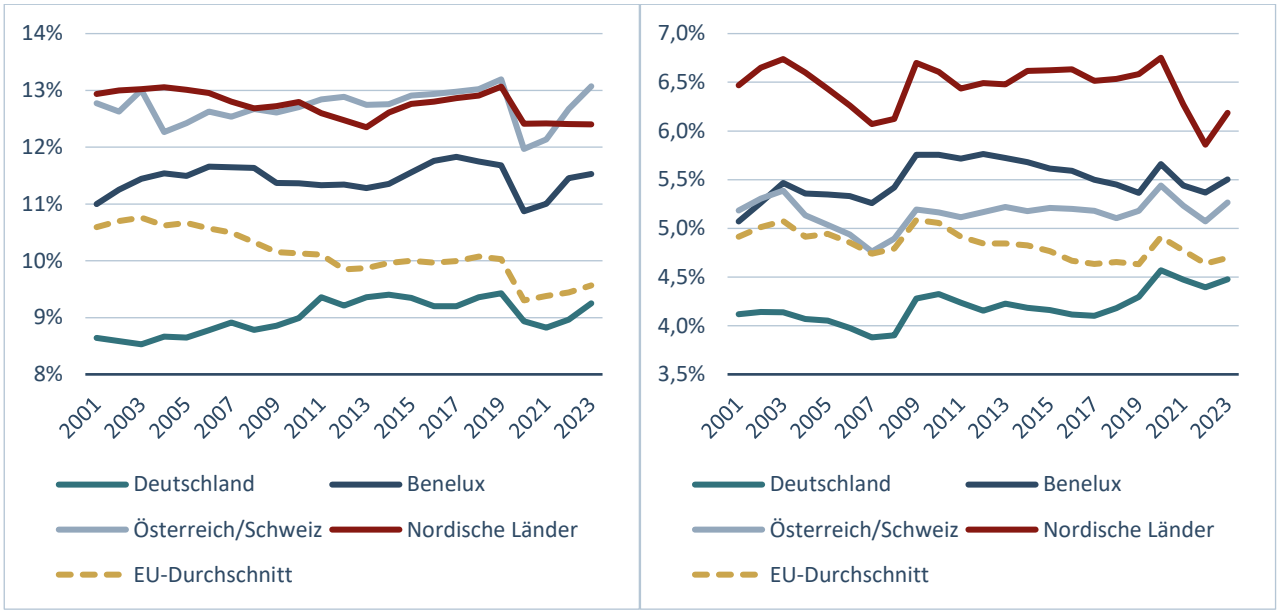
Eine Kategorie mit im Zeitablauf etwa konstanter Bedeutung ist das Bildungswesen, worunter im Wesentlichen Ausgaben für den primären, sekundären und tertiären Bildungsbereich fallen (Abbildung 4-7). Gleichwohl zeigen sich deutliche Unterschiede in den Beobachtungseinheiten. Relativ zu den Gesamtausgaben liegen Österreich/Schweiz und die nordischen Länder seit jeher an der Spitze. Sie wendeten im gesamten Zeitraum etwa 12 bis 13 Prozent ihrer öffentlichen Budgets für das Bildungswesen auf. Es folgen die Benelux-Länder mit 11 bis 12 Prozent. Der EU-Durchschnitt fiel im Zeitablauf von 11 auf nur noch 9,6 Prozent.

Ein gewisser Aufwärtstrend ist in Deutschland ersichtlich, gleichwohl auf niedrigem Niveau. Die öffentlichen Bildungsausgaben stiegen hierzulande von 8,6 Prozent im Jahr 2001 auf nunmehr 9,2 Prozent im Jahr 2023. Deutschland ist damit im gesamten Beobachtungszeitraum Schlusslicht unter den betrachteten Ländern und Ländergruppen. Im primären Bildungsbereich ging Deutschlands Wert gegen den internationalen Trend nach oben und im sekundären Bereich mit dem internationalen Trend nach unten. Im tertiären Bereich gibt es keinen eindeutigen internationalen Trend; Deutschlands Wert blieb hier in etwa konstant.

Setzt man die Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, so liegen die nordischen Länder über den gesamten Zeitraum deutlich vorne, mit Anteilen von etwa 6 bis 7 Prozent. Aufgrund der höheren Wirtschaftsleistung fällt die Ländergruppe Österreich/Schweiz hinter die Benelux-Länder zurück mit jeweils etwa 5,5 Prozent. Deutschland kam unterhalb des EU-Durchschnitts zuletzt auf 4,5 Prozent.

Abbildung 4-7: Ausgaben für das Bildungswesen

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

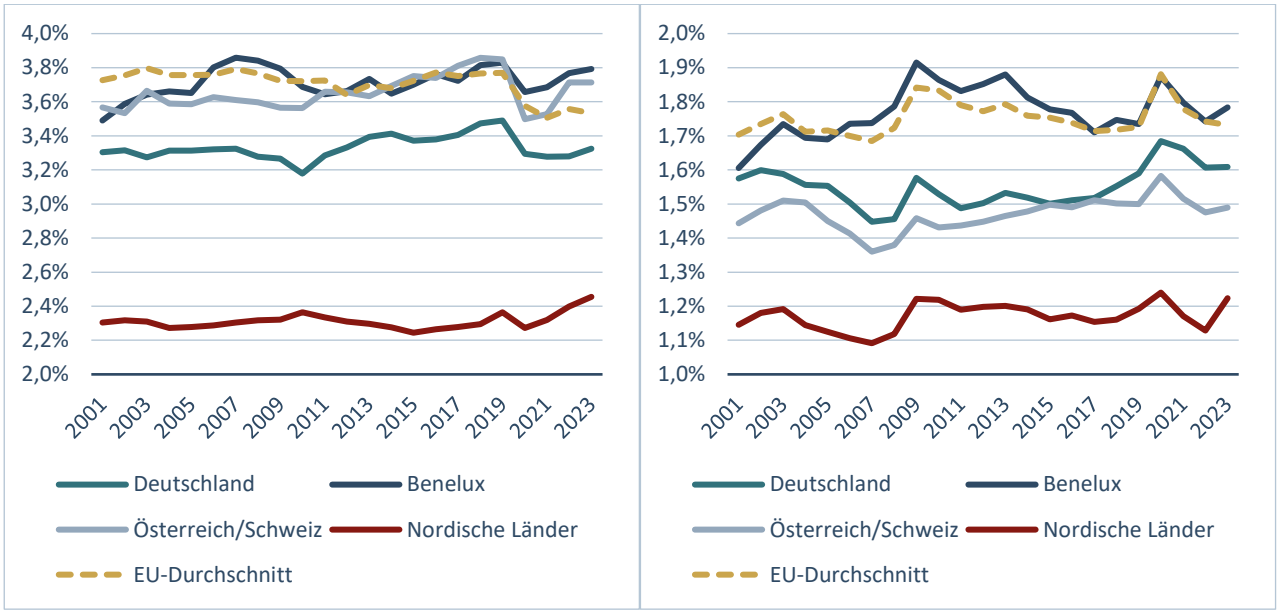
4.1.6 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Die Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit werden vor allem durch den Polizeibereich bestimmt, der mehr als die Hälfte der Ausgaben in diesem Aufgabenbereich ausmacht (Abbildung 4-8). Die weiteren Unterkategorien, wie Ausgaben für Feuerwehr oder Justizvollzug, haben deutlich geringere Anteile. Die Budgetanteile für öffentliche Ordnung und Sicherheit haben sich im Zeitverlauf kaum geändert. Die Benelux-Länder sowie Österreich/Schweiz wendeten stets zwischen 3,5 und 3,9 Prozent ihrer Budgets hierfür auf. Dies entspricht auch dem Verlauf der EU im Durchschnitt. Es folgt Deutschland mit Werten von etwa 3,3 Prozent. Die nordischen Länder liegen abgeschlagen hinten mit Werten von unter 2,5 Prozent. Aus deutscher Sicht auffällig ist der stark angestiegene Budgetanteil für die Feuerwehr, der in den Vergleichsgruppen nicht oder nicht so deutlich vorzufinden ist.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich, wenn man die Ausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung setzt. Lediglich Österreich und die Schweiz fallen wegen der höheren Wirtschaftsleistung in der Rangliste etwas nach unten. Im Jahr 2023 wendeten die Benelux-Länder sowie die EU im Durchschnitt knapp 1,8 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für öffentliche Ordnung und Sicherheit auf. Deutschland kam zuletzt auf 1,6 und Österreich/Schweiz auf 1,5 Prozent. Die nordischen Länder lagen bei 1,2 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung.

Abbildung 4-8: Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

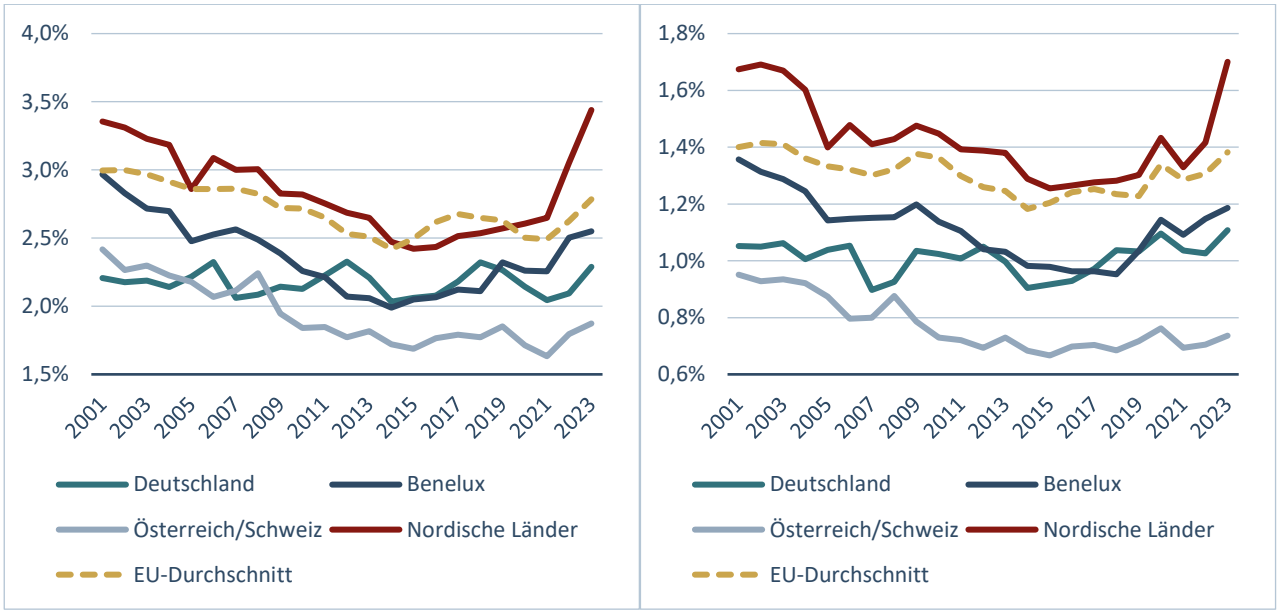
4.1.7 Verteidigung

Klare Trends zeigen sich bei der Entwicklung der Verteidigungsausgaben, worunter vor allem die militärische Verteidigung fällt (Abbildung 4-9). Weitere Positionen, wie die zivile Verteidigung, spielen kaum eine Rolle. Die Verteidigungsausgaben fielen in allen Ländergruppen gleichförmig bis Mitte der 2010er Jahre, während sie in Deutschland stagnierten. Seit Mitte der 2010er Jahre zeigt sich ein Aufwärtstrend in den Benelux-Ländern und seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine ein massiver Zuwachs in den nordischen Ländern. So kommen die nordischen Länder nun auf einen Anteil der Verteidigungsausgaben an den Gesamtausgaben von 3,4 Prozent, was in etwa dem Wert des Jahres 2001 entspricht. Der EU-Durchschnitt fiel von 3,0 auf 2,8 Prozent, die Benelux-Länder von 3,0 auf 2,6 Prozent und Österreich/Schweiz von 2,4 auf 1,9 Prozent. Deutschland hielt seinen Wert von etwa 2,3 Prozent. Am aktuellen Rand massiv angezogen hat die Militärhilfe für das Ausland, mit Ausnahme der Ländergruppe Österreich/Schweiz.

Gängiger ist die Betrachtung der Verteidigungsausgaben als Anteil an der Wirtschaftsleistung. So wird das NATO-Ziel von 2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gemessen. Gegenwärtig gelten aufgrund der Neubewertung der geopolitischen Lage höhere Werte als erstrebenswert. Nach den Zahlen der OECD lagen die Verteidigungsausgaben in allen Ländern und Ländergruppen dauerhaft unterhalb von 2 Prozent. Die nordischen Länder lagen dabei stets an vorderster Stelle mit Werten von 1,3 bis 1,7 Prozent. Der Durchschnitt der EU verlief um 1,1 bis 1,4 Prozent, in den Benelux-Ländern fiel der Wert von 1,4 auf 1,2 Prozent, während Deutschland seinen Anteil von 1,1 Prozent hielt. In der Ländergruppe Österreich/Schweiz – beides keine NATO-Mitglieder – ging der Wert von 1,0 auf 0,7 Prozent zurück. Aufgrund der geopolitischen Entwicklungen ist mit zukünftig steigenden Verteidigungsausgaben in ganz Europa zu rechnen.

Abbildung 4-9: Ausgaben für Verteidigung

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

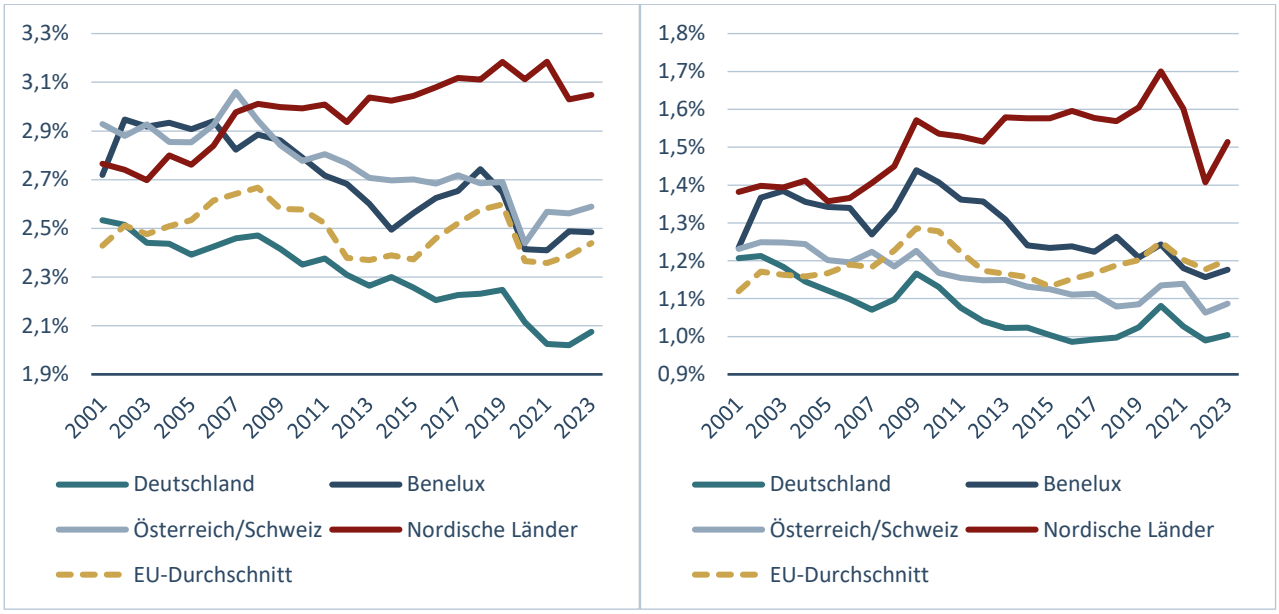
4.1.8 Freizeitgestaltung, Kultur und Religion

In ähnlichen Dimensionen wie für die Verteidigung bewegen sich die Ausgaben für Freizeitgestaltung, Kultur und Religion, wie Abbildung 4-10 zeigt. Diese Oberkategorie nahm in ihrer Bedeutung in den nordischen Ländern von 2,8 auf 3,0 Prozent der Gesamtausgaben zu, während sie in Deutschland und den anderen Ländergruppen weniger bedeutend wurde. In der Ländergruppe Österreich/Schweiz ging der Wert von 2,9 auf 2,6 Prozent zurück, in den Benelux-Ländern von 2,7 auf 2,5 Prozent. Noch deutlicher ist der Rückgang in Deutschland, wo der Wert von 2,5 auf 2,1 Prozent fiel. Ursächlich sind hierfür im Wesentlichen die Unterkategorien Freizeitgestaltung und Sport sowie Rundfunk- und Verlagswesen, nicht jedoch Kultur. Der EU-Durchschnitt verlief weitgehend konstant um 2,5 Prozent.

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Werte lagen zuletzt in den nordischen Ländern bei 1,5 Prozent, in den Benelux-Ländern und im Durchschnitt der EU bei 1,2 Prozent, in Österreich und der Schweiz bei 1,1 Prozent und in Deutschland bei 1,0 Prozent.

Abbildung 4-10: Ausgaben für Freizeitgestaltung, Kultur und Religion

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

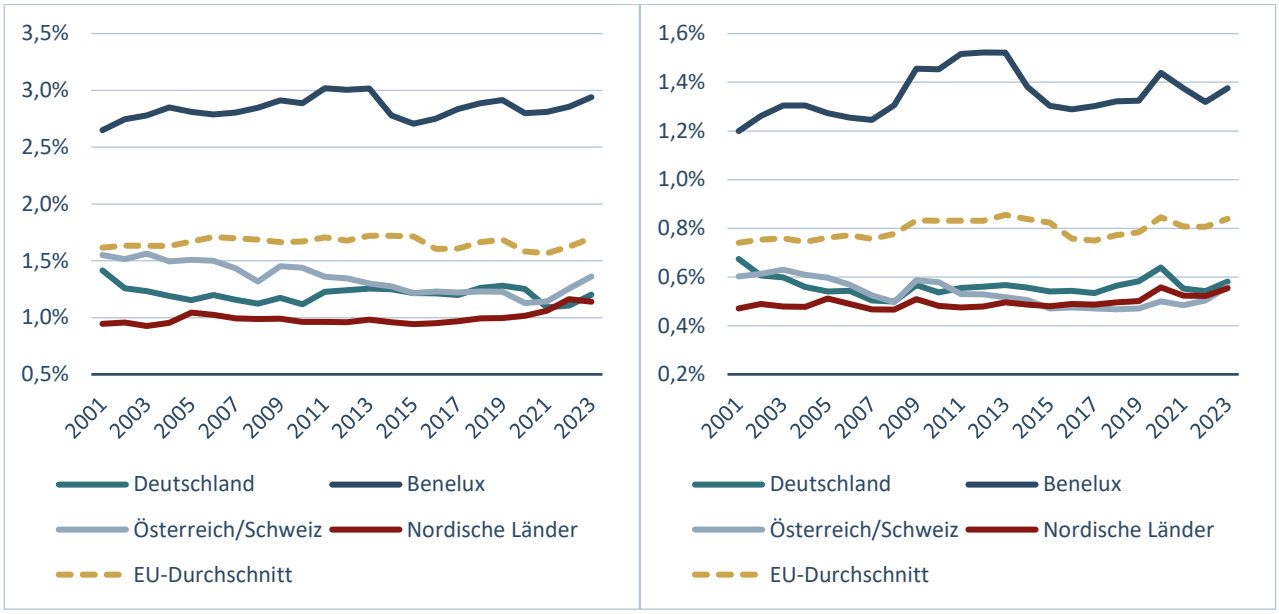
4.1.9 Umweltschutz

Die Kategorie Umweltschutz umfasst vor allem die Bereiche Abfallwirtschaft, Abwasserwirtschaft und Vermeidung und Beseitigung von Umweltverunreinigungen. In allen Ländern und Ländergruppen zeigt sich eine weitgehende Konstanz in den Ausgabenanteilen am Gesamtbudget (Abbildung 4-11). Vorne liegen seit jeher die Benelux-Länder mit Werten von 2,6 bis 3,0 Prozent. Es folgt der EU-Durchschnitt mit durchgehend etwa 1,7 Prozent. Österreich und die Schweiz, Deutschland und die nordischen Länder liegen am aktuellen Rand bei 1,1 bis 1,4 Prozent, mit leicht fallenden Trends in der Ländergruppe Österreich/Schweiz und in Deutschland, mit positivem Trend in den nordischen Ländern. In Deutschland waren vor allem die Ausgaben für die Abwasserwirtschaft rückläufig.

Anteilig an der Wirtschaftsleistung zeigt sich ein sehr ähnliches Bild. Zuletzt im Jahr 2023 lagen die Werte bei 1,4 Prozent in den Benelux-Ländern, 0,8 Prozent im Durchschnitt der EU sowie 0,6 Prozent in Deutschland, der Ländergruppe Österreich/Schweiz und den nordischen Ländern.

Abbildung 4-11: Ausgaben für Umweltschutz

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

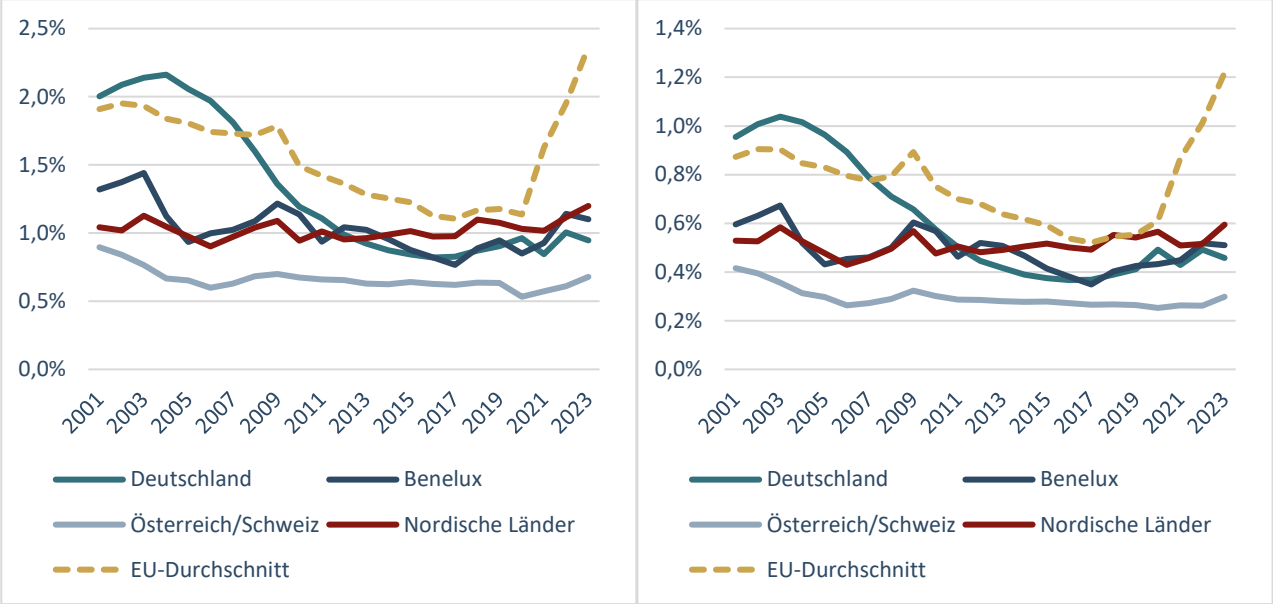
4.1.10 Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

Der Aufgabenbereich Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen besteht vor allem aus dem Wohnungswesen und der Raumplanung. Hier zeigen sich in Abbildung 4-12 zwei markante Entwicklungen. Der Budgetanteil in Deutschland ging von 2,0 Prozent im Jahr 2001 auf 0,9 Prozent im Jahr 2023 zurück. Dies liegt in der Unterkategorie Wohnungswesen begründet und kann durch die abnehmende Rolle des Staates im Wohnungsmarkt erklärt werden. Zu nennen sind hier die Privatisierungen von kommunalen Wohnungsbeständen. Im Durchschnitt der EU zeigt sich ein massiver Anstieg in den Jahren 2021 bis 2023 auf 2,4 Prozent. Dies ist getrieben durch den Superbonus in Italien. Hier bekamen Haushalte bis zu 110 Prozent der Kosten für energetische Sanierungen durch den Staat finanziert. Bis dahin war der EU-Durchschnitt noch deutlich von 1,9 auf 1,1 Prozent gefallen. In den anderen Ländergruppen verlief die Entwicklung demgegenüber unspektakulär. In den Benelux-Ländern fiel der Wert von 1,3 auf 1,1 Prozent, in den nordischen Ländern stieg er von 1,0 auf 1,2 Prozent und in Österreich und der Schweiz sank er von 0,9 auf 0,7 Prozent.

Die Betrachtung der Ausgaben für das Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen anteilig am Bruttoinlandsprodukt bestätigt die Erkenntnisse. Im EU-Durchschnitt lag der Wert zuletzt bei 1,2 Prozent, in den nordischen Ländern bei 0,6 Prozent, in den Benelux-Ländern und Deutschland bei 0,5 Prozent und in der Ländergruppe Österreich/Schweiz bei 0,3 Prozent.

Abbildung 4-12: Ausgaben für das Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

4.2 Personalausgaben und Investitionen

Unabhängig von der bisher erfolgten Betrachtung verschiedener Ausgabenkategorien lassen sich zwei interessante kategorienübergreifende Ausgabenkennziffern analysieren: Personalausgaben und Investitionen.

4.2.1 Personalausgaben

In Abbildung 4-13 wird betrachtet, wie hoch die Personalausgaben als Anteil an den gesamten Ausgaben liegen. Es zeigt sich eine unauffällige Entwicklung sowohl in Deutschland als auch in den Vergleichsgruppen. Am auffälligsten ist noch der leichte Rückgang im Jahr 2020, als durch die gestiegenen Gesamtausgaben während der Corona-Pandemie der Anteil der Personalausgaben an den gesamten Ausgaben zurückging.

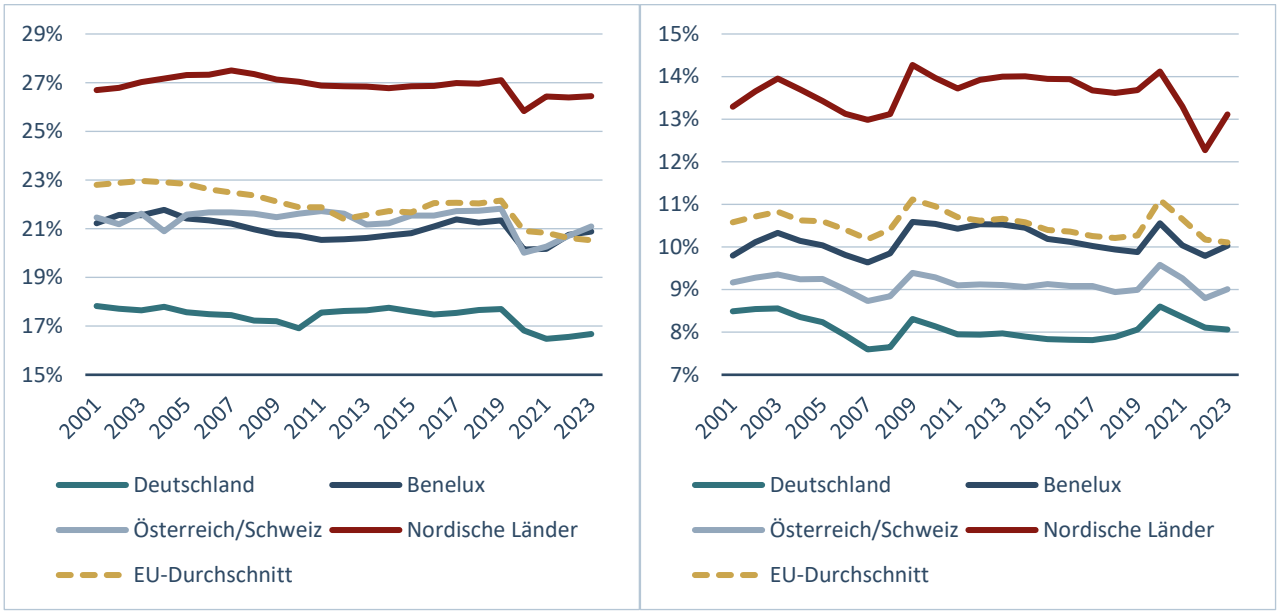
Die mit Abstand höchsten Personalausgaben weisen die nordischen Länder aus. Der Wert lag dort konstant bei etwa 27 Prozent. In den Benelux-Ländern, in der Ländergruppe Österreich/Schweiz sowie im Durchschnitt der EU lagen die Werte bei etwa 20 bis 23 Prozent. Die eindeutig niedrigsten Personalausgaben finden sich in Deutschland, mit einem Anteil an den gesamten Ausgaben von 16 bis 18 Prozent. Der in der Abbildung ersichtliche leicht rückläufige Ausgabentrend in Deutschland liegt im Wachstum der Gesamtausgaben begründet. Studien zeigen einen zunehmenden öffentlichen Personalbestand hierzulande (siehe Hentze/Kauder, 2024; Kauder, 2024). Tatsächlich stiegen die inflationsbereinigten Personalausgaben in Euro um 12 Prozent im Beobachtungszeitraum.

Die Betrachtung der Personalausgaben anteilig am Bruttoinlandsprodukt bestätigt das Bild. Aufgrund der höheren Wirtschaftsleistung sind die Werte für die Ländergruppe Österreich/Schweiz nun niedriger als in den Benelux-Ländern und im EU-Durchschnitt. Die nordischen Länder kamen zuletzt auf einen Anteil von 13

Prozent, die Benelux-Länder und der Durchschnitt der EU-Länder auf 10 Prozent, Österreich/Schweiz auf 9,0 Prozent und Deutschland auf 8,1 Prozent.

Abbildung 4-13: Ausgaben für Personal

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: Eurostat, 2025b; OECD, 2025a; 2025c; eigene Berechnungen

4.2.2 Investitionen

Für die volkswirtschaftliche Entwicklung von besonderer Bedeutung sind die öffentlichen Investitionen. Hier wird auf die Bruttoinvestitionen zurückgegriffen. In Abbildung 4-14 zeigt sich, dass zu Beginn des Beobachtungszeitraums im Jahr 2001 die Benelux-Länder, Österreich/Schweiz, die nordischen Länder und der EU-Durchschnitt mit Anteilen der Investitionen an den Gesamtausgaben von etwa 7 Prozent noch nah beieinander lagen. Bis zum aktuellen Rand haben sich diese Werte ausdifferenziert. Die nordischen Länder liegen nun mit einem Wert von 9,3 Prozent deutlich vorne, gefolgt von Österreich und der Schweiz mit 8,3 Prozent. Der EU-Durchschnitt und die Benelux-Länder kommen weiterhin auf etwa 7 Prozent.

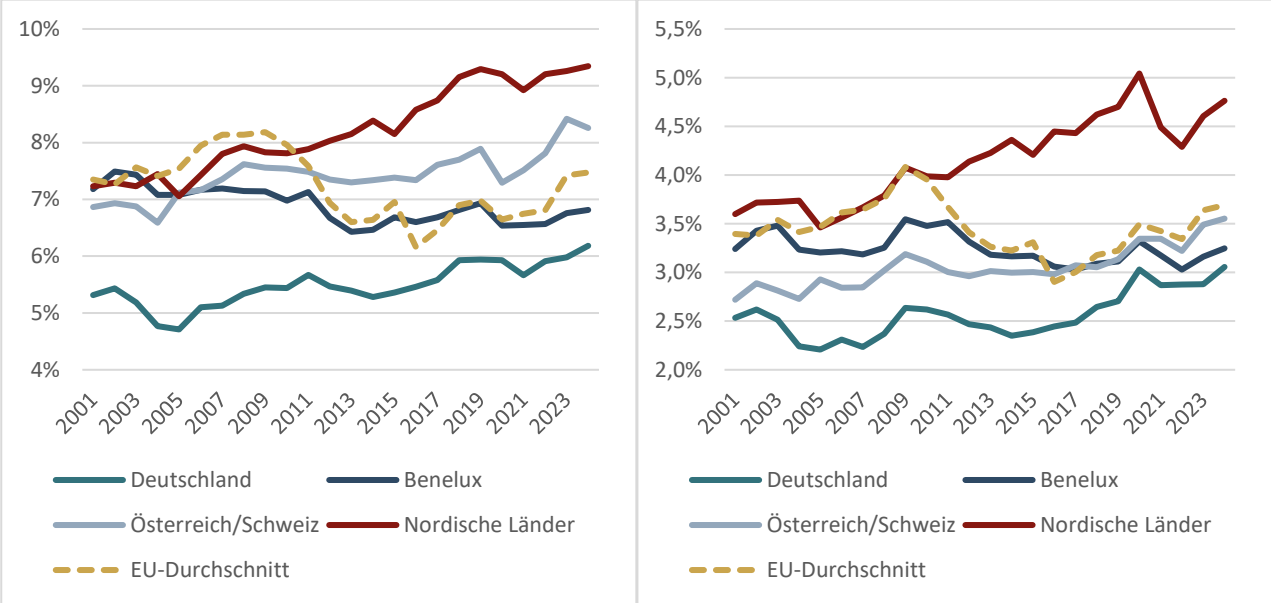
Demgegenüber liegt Deutschland über den gesamten Zeitraum am unteren Ende. Hierzulande stieg der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben über den Beobachtungszeitraum lediglich von 5,3 auf 6,2 Prozent. Dies deutet an, dass die öffentlichen Investitionen in Deutschland vernachlässigt wurden und im Zweifel vor allem im investiven Bereich gespart wurde (vgl. Bardt et al., 2019). Um den EU-Durchschnitt zu erreichen, müsste Deutschland seine öffentlichen Investitionen anteilig an den Gesamtausgaben um ein Fünftel erhöhen.

Das Bild bestätigt sich weitgehend, wenn man die öffentlichen Investitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt setzt. Demnach liegen die Werte am aktuellen Rand bei 4,8 Prozent in den nordischen Ländern, bei etwa 3,5 Prozent in der Ländergruppe Österreich/Schweiz und im EU-Durchschnitt, bei 3,2 Prozent in den Benelux-Ländern und bei 3,1 Prozent in Deutschland. Zum Vergleich: In den 1960er Jahren nutzte

Deutschland durchschnittlich noch 4,1 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für öffentliche Investitionen, in den 1970er Jahren noch 4,0 Prozent.

Abbildung 4-14: Ausgaben für Investitionen

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)

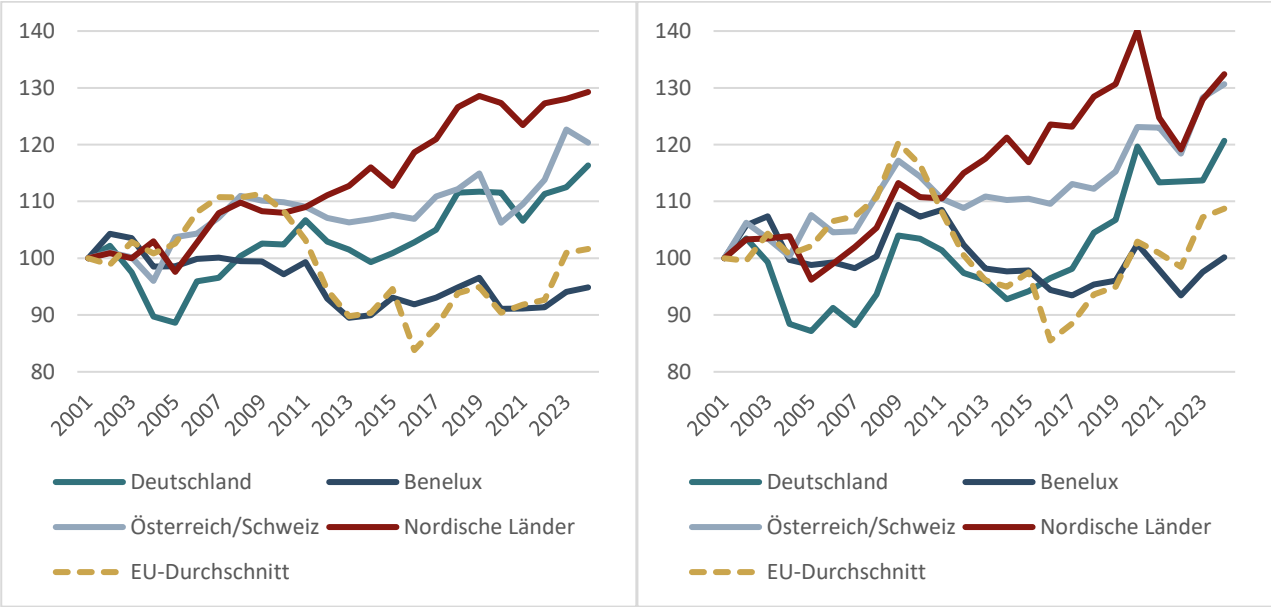


Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: European Commission, 2025; Eurostat, 2025b; OECD, 2025c; eigene Berechnungen

Abbildung 4-15: Ausgaben für Investitionen, normiert (2001 = 100)

Anteile an den gesamten Ausgaben (linker Teil) und am Bruttoinlandsprodukt (rechter Teil)



Bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte. Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Nordische Länder: Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Island. EU-Durchschnitt ohne Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien, Zypern.

Quellen: European Commission, 2025; Eurostat, 2025b; OECD, 2025c; eigene Berechnungen

Abbildung 4-15 verdeutlicht, wie sich die Investitionen relativ zum Jahr 2001 entwickelt haben. Hier sind die Werte des Jahres 2001 auf 100 normiert worden. Somit kann klarer herausgestellt werden, ob Deutschland, trotz seines schwachen Investitionsniveaus, zumindest eine positive Entwicklung genommen hat. Es zeigt sich, dass Deutschland mittlere Platzierungen erreicht, unabhängig davon, ob die Investitionen anteilig an den Ausgaben oder anteilig am Bruttoinlandsprodukt betrachtet werden. Bei beiden Betrachtungsweisen liegt Deutschland am aktuellen Rand rund ein Sechstel bis ein Fünftel über dem Niveau des Jahres 2001. Positiver ist die Entwicklung in den nordischen Ländern und der Ländergruppe Österreich/Schweiz, wohingegen die Entwicklung in den Benelux-Ländern und im Durchschnitt der EU durchwachsen ausfällt.

5 Fazit

Die Frage, wofür der Staat seine Einnahmen verausgaben sollte, ist der Kern vieler wirtschaftspolitischer Diskussionen. Da die zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt sind, ist eine Befriedigung aller politischen Wünsche ausgeschlossen. Dabei treffen die politischen Wünsche auf sich stets verändernde Rahmenbedingungen. Die politischen Entscheidungen stehen unter dem Eindruck etwa der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, des demografischen Wandels oder nicht zuletzt der geopolitischen Unsicherheiten. Im Rahmen eines internationalen Vergleichs lässt sich die deutsche Ausgabenpolitik einordnen.

Der vorliegende Beitrag hat untersucht, wie sich die Ausgaben Deutschlands insgesamt und in verschiedenen Aufgabenbereichen in den Jahren 2001 bis 2023 entwickelt haben. Als Vergleichsregionen wurden die Benelux-Länder, Österreich/Schweiz und die nordischen Länder herangezogen, welche hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und kulturellen Prägung Deutschland relativ ähnlich sind. Es wurden für verschiedene Aufgaben sowohl die Ausgabenanteile an den gesamten Ausgaben als auch die Ausgaben relativ zum Bruttoinlandsprodukt betrachtet.

Die Ergebnisse zeigen, dass die deutsche Staatsquote in weiten Teilen der 2010er Jahre noch deutlich unterhalb der nordischen Länder, der Benelux-Länder und des EU-Durchschnitts lag. In den Jahren der Corona-Pandemie konvergierten diese Werte jedoch auf das aktuelle Niveau von knapp 50 Prozent. Die Ländergruppe Österreich/Schweiz liegt mit 43 Prozent deutlich darunter.

Mit 41 Prozent der gesamten Ausgaben wendet Deutschland am aktuellen Rand mehr für die soziale Sicherung auf als die Vergleichsgruppen, und somit insbesondere auch mehr als die nordischen Länder. Knapp die Hälfte dieser Mittel entfällt auf die Alterssicherung, womit Deutschland einen mittleren Platz einnimmt. Bei den Ausgaben für das Gesundheitswesen liegt Deutschland mit 16 Prozent der gesamten Ausgaben gemeinsam mit den Benelux- und den nordischen Ländern an der Spitze. Der Ausgabenanteil für die allgemeine öffentliche Verwaltung (ohne Staatsschuldentransaktionen) stieg in Deutschland kräftig auf zuletzt 11 Prozent an, womit man nun ebenfalls den höchsten Wert aufweist. Auf die Ausgaben für wirtschaftliche Angelegenheiten (u. a. Verkehr) entfielen im Jahr 2023 etwa 12 Prozent. Am Ende der Rangliste befindet sich Deutschland bei den Ausgaben für das Bildungswesen, mit zuletzt 9,3 Prozent der Gesamtausgaben. Österreich und die Schweiz liegen um beinahe die Hälfte darüber.

Für das Personal wandte Deutschland über den gesamten Beobachtungszeitraum weniger auf als die Vergleichsgruppen, zuletzt waren es 17 Prozent der gesamten Ausgaben. Auch bei den öffentlichen Investitionen

lag Deutschland über den gesamten Beobachtungszeitraum am Ende des Feldes. Am aktuellen Rand entfallen 6,2 Prozent der Gesamtausgaben auf Investitionen.

Im Angesicht der dargestellten Entwicklungen und der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist der Bundespolitik anzuraten, einem weiteren Aufwuchs der staatlichen Aktivität und vor allem der Sozialausgaben entgegenzutreten. Dies trifft auch auf die Ausgaben für das Gesundheitswesen zu. Geboten sind eine grundlegende Ausgabenkritik sowie ein effizienterer Einsatz der öffentlichen Mittel. Insbesondere die Verwaltung bindet viele Ressourcen unproduktiv, weshalb die gestiegenen Ausgaben in diesem Bereich bedenklich stimmen. Möchte Deutschland auf einen Pfad positiver wirtschaftlicher Entwicklung zurückkehren, bleibt eine Stärkung der Investitionen in den öffentlichen Kapitalstock unerlässlich. Dies gilt auch für die Bildungsausgaben, die im internationalen Vergleich niedrig ausfallen.

6 Abstract

Germany faces numerous political challenges. How these tasks are prioritized is reflected in spending policy. It is not without reason that the budget is often referred to as “politics cast in numbers.” How much importance is attached to the welfare state? How important are education and national defense? How high are administrative expenditures and how much is being invested? Answers to these questions can be found in an international comparison of public spending.

This article examines how Germany's spending has developed overall and in various areas between 2001 and 2023. The Benelux countries, Austria/Switzerland, and the Nordic countries, which are relatively similar to Germany in terms of their economic development and cultural characteristics, are used as comparison regions. For various tasks, both the share of expenditure in total expenditure and expenditure relative to gross domestic product are considered.

The results show that for much of the 2010s, Germany's public spending ratio was still well below that of the Nordic countries, the Benelux countries, and the EU average. During the years of the coronavirus pandemic, however, these figures converged to a current level of just under 50 percent. The Austria/Switzerland group of countries is significantly below this at 43 percent.

At 41 percent of total expenditure, Germany currently spends more on social security than the comparison groups, and thus also more than the Nordic countries in particular. Almost half of these funds are allocated to old-age provision. In terms of healthcare expenditure, Germany ranks at the top alongside the Benelux and Nordic countries, accounting for 16 percent of total expenditure. The share of expenditure on general public administration (excluding government debt transactions) rose sharply in Germany to 11 percent, which is now also the highest figure. Expenditure on economic affairs (including transport) accounted for 12 percent in 2023. Germany is at the bottom of the ranking in terms of expenditure on education, with most recently 9.3 percent of total expenditure. Austria and Switzerland spend nearly 50 percent more.

Germany spent less on personnel than the comparison groups over the entire observation period, most recently accounting for 17 percent of total expenditure. Germany also ranked at the bottom of the field in terms of public investment over the entire observation period. Currently, 6.2 percent of total expenditure is used for investment.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1: COFOG-Aufgabenbereiche nach Ober- und Unterkategorien 6
Tabelle 2-2: Datenquellen 8

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3-1: Ausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt („Staatsquote“) 9
Abbildung 4-1: Ausgaben für soziale Sicherung (ohne Alterssicherung) 10
Abbildung 4-2: Ausgaben für Alterssicherung 11
Abbildung 4-3: Ausgaben für das Gesundheitswesen 13
Abbildung 4-4: Ausgaben für allgemeine öffentliche Verwaltung (ohne Staatsschuldentransaktionen) 14
Abbildung 4-5: Ausgaben für Staatsschuldentransaktionen 15
Abbildung 4-6: Ausgaben für wirtschaftliche Angelegenheiten 16
Abbildung 4-7: Ausgaben für das Bildungswesen 17
Abbildung 4-8: Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit 18
Abbildung 4-9: Ausgaben für Verteidigung 19
Abbildung 4-10: Ausgaben für Freizeitgestaltung, Kultur und Religion 20
Abbildung 4-11: Ausgaben für Umweltschutz 21
Abbildung 4-12: Ausgaben für das Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen 22
Abbildung 4-13: Ausgaben für Personal 23
Abbildung 4-14: Ausgaben für Investitionen 24
Abbildung 4-15: Ausgaben für Investitionen, normiert (2001 = 100) 24

Literaturverzeichnis

Bardt, Hubertus / Dullien, Sebastian / Hüther, Michael / Rietzler, Katja, 2019, Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen!, IW-Policy Paper, Nr. 10, Köln

Busch, Berthold / Kauder, Björn, 2021, Der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Bestandsaufnahme und Vorschläge für mehr fiskalpolitische Disziplin in Europa, IW-Analysen, Nr. 142, Köln

Dorn, Florian et al., 2018, Die Zusammensetzung des öffentlichen Budgets in Deutschland, ifo Forschungsbericht, Nr. 95, München

European Commission, 2025, AMECO database, https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/economic-databases/ameco-database_en [17.11.2025]

Eurostat, 2025a, Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen (COFOG), https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/gov_10a_exp/default/table?lang=de [1.9.2025]

Eurostat, 2025b, Euro/Ecu-Wechselkurse – jährliche Daten, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ert_bil_eur_a/default/table [22.8.2025]

Hentze, Tobias / Kauder, Björn, 2024, Öffentlicher Dienst: mehr Personal, noch mehr Bedarf, IW-Kurzbericht, Nr. 2, Köln

Kauder, Björn, 2024, Verbeamtung bei Bund, Ländern und Kommunen. Zeitliche Entwicklung und Unterschiede nach Aufgabenbereichen, IW-Report, Nr. 35, Köln

Kauder, Björn, 2025a, Budgetzusammensetzung des Bundes, IW-Report, Köln, im Erscheinen

Kauder, Björn, 2025b, Die Zusammensetzung der kommunalen Ausgaben in Deutschland, IW-Report, Köln, im Erscheinen

OECD, 2019, Manual on sources and methods for the compilation of COFOG statistics, https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3859598/10142242/KS-GQ-19-010-EN-N.pdf [8.9.2025]

OECD, 2025a, Annual government expenditure by function (COFOG), https://data-explorer.oecd.org/vis?df[ds]=DisseminateFinalDMZ&df[id]=DSD_NASEC10%40DF_TABLE11&df[ag]=OECD.SDD.NAD&dq=A.ITA.S13...OTE.....V..&lom=LASTNPERIODS&lo=5&to[TIME_PERIOD]=false&ac=false [22.8.2025]

OECD, 2025b, Government at a Glance 2025, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/0efd0bcd-en [22.8.2025]

OECD, 2025c, Annual GDP and components – expenditure approach, https://data-explorer.oecd.org/?ac=false&fs[0]=Topic%2C0%7CEconomy%23ECO%23&pg=0&fc=Topic&bp=true&snb=281 [22.8.2025]